

LANDKREIS ROSTOCK · Postfach 14 55 · 18264 Güstrow

StALU MM / Abt. Immissionsschutz

Herrn Dührkop

An der Jägerbäk 3

18069 Rostock

nur per E-Mail

3 Windenergieanlagen Kambs III - StALUMM - 571-1.6.2VG-252
hier: bodenschutzrechtliche Stellungnahme

Antragsteller : BayWa r.e. Wind GmbH
Arabellastraße 4
81925 München

Ort: Kambs, Flur 1, Flurstücke 4, 116, 124

Im Rahmen ihrer Zuständigkeit wurden durch die o.g. Behörde die vorgelegten Antragsunterlagen einschl. der Planänderungsunterlagen hinsichtlich erkennbarer Differenzen zum Bodenschutzrecht und bezüglich des Bekanntseins von Altlasten auf den angegebenen Grundstücken geprüft.

Altlasten oder Altlastenverdachtsflächen sind im Vorhabensgebiet nicht bekannt.

Gegen die Errichtung der WEA auf der o.g. Fläche gibt es aus bodenschutzrechtlicher Sicht keine Einwände.

Das beantragte Vorhaben befindet sich in der TWSZ III der Warnow.

Folgende **Auflagen** sind in den Genehmigungsbescheid zu übernehmen:

1. Der Flächenverbrauch ist auf ein Mindestmaß zu beschränken.
2. Für die Errichtung der Anlagen, der Zuwegung und der Leitungsverlegung ist eine bodenkundliche Baubegleitung vorzusehen.
3. Das Konzept zur bodenkundlichen Baubegleitung ist vor Beginn der Baumaßnahmen hier zur Prüfung vorzulegen.
4. Das mit der bodenkundlichen Baubegleitung beauftragte Unternehmen ist der unteren Bodenschutzbehörde vor Beginn der Baumaßnahmen schriftlich zu benennen.
5. Bei den Erschließungs- und Baumaßnahmen sind Verdichtungen, Verschlämmungen und Erosionen des Bodens sowie Fremdstoffeinträge in den Boden zu vermeiden.



RÜCKFRAGEN | ANTWORTEN
Hauptsitz Güstrow
Ihr Zeichen

Unser Zeichen
66.0-51.10.10-13-687

Evelyn Hadler
Telefon: +49 3843 755-66250
Telefax: +49 3843 755-66804
E-Mail: Evelyn.Hadler@lkros.de
Zimmer 3.242

Datum 16. Mai 2022

BESUCHERADRESSEN

HAUPTSITZ
Am Wall 3–5
18273 Güstrow

STANDORT BAD DOBERAN
August-Bebel-Straße 3
18209 Bad Doberan

Telefon 03843 755-0
Telefax 03843 755-10810

BANKVERBINDUNG
Ostseesparkasse Rostock
IBAN DE58 1305 0000 0605 1111 11
BIC NOLADE21ROS

ALLGEMEINE SPRECHZEITEN
Di 8:30–12:00 | 13:30–16:00 Uhr
Do 8:30–12:00 | 13:30–17:00 Uhr
und nach Vereinbarung

INFO@LKROS.DE
INFO@LKROS.DE-MAIL.DE

6. Die während der Bauphase in Anspruch genommenen Böden sind nach Bauabschluss so herzustellen, dass die Bodenfunktionen wiederhergestellt werden.
7. Sollten Bodenschäden eintreten, sind diese nach Beendigung der Maßnahmen durch geeignete Rekultivierungsmaßnahmen zu beseitigen.
8. Während der Baudurchführung ist der Erhalt des Mutterbodens zu sichern.
9. Der Oberboden ist sachgerecht zwischenzulagern und wiedereinzubauen (DIN 18915, DIN 19731).
10. Die bauzeitlich in Anspruch genommenen Böden sind nach Bauabschluss so herzustellen, dass die Bodenfunktionen wieder hergestellt werden. Dabei sind ggf. eingetretene Bodenschäden wie Verdichtungen durch geeignete Rekultivierungsmaßnahmen zu beseitigen.
11. Der Einsatz von RC-Material ist aufgrund der Lage in der TWSZ III nicht möglich. Es sind alternative Materialien zu verwenden.
12. Die gesamte Anlage einschl. des Fundamentes und der Zuwegung ist nach Stilllegung vollständig zurückzubauen.

Begründung:

Windenergieanlagen beanspruchen Böden für die Anlagenfläche, die Zuwegung sowie die Anbindung von Stromkabeln. Neben diesen dauerhaft in Anspruch genommenen Bodenflächen werden während der Errichtung weitere Areale in Anspruch genommen. Dadurch gehen in diesen Bereichen wesentliche Bodenfunktionen verloren. Die Bodenfunktionen ergeben sich dabei aus dem § 2 Abs. 2 des BBodSchG¹.

2 der 3 WEA sowie Teile der Zuwegung werden in Bereichen mit hoher Schutzwürdigkeit in der Bodenfunktionsbewertung errichtet. Aus diesem Grund wird eine bodenkundliche Baubegleitung (BBB) gefordert. Damit soll abgesichert werden, dass schädliche Bodenveränderungen durch die Baumaßnahme selbst, durch Zuwegungen, Lagerflächen und durch die Einrichtung der BE nicht entstehen können.

Grundsätzlich sind im Rahmen der Bauausführung aus Sicht des Bodenschutzes hauptsächlich Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung physikalischer Bodenbeeinträchtigungen vorzusehen. Diese sind durch Verdichtung der Böden z. B. durch das Befahren des Trassengeländes mit Baumaschinen sowie den Material anliefernden und abfahrenden Verkehr, aber auch durch Gefügestörungen im Rahmen von Auskofferungen und Umlagerungen zu besorgen. Entsprechende baustellenbezogene Maßnahmen sind im Konzept zur bodenkundlichen Baubegleitung zu beschreiben.

Alle Auflagen sollen sicherstellen, dass schädliche Bodenveränderungen und Einschränkungen der Bodenfunktionen durch den Betrieb der Anlage nicht auftreten werden bzw. nach Stilllegung der Anlage vollständig wiederhergestellt werden können.

Hinweise:

Sollte bei den Baumaßnahmen verunreinigter Boden oder Altablagerungen (Hausmüll, gewerbliche Abfälle, Bauschutt etc.) angetroffen werden, so sind diese Abfälle vom Abfallbesitzer bzw. vom Grundstückseigentümer einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Diese Abfälle dürfen nicht zur erneuten Bodenverfüllung genutzt werden.

Gegen die Verwendung von Ersatzfüllstoffen aus zugelassenen Kiesgruben gibt es keine Einwände. Werden Materialien von ortsfremden Baustellen oder Flächen zur Verfüllung verwendet, ist die Schadstofffreiheit durch ein Untersuchungsattest eines zugelassenen Umweltlabors nachzuweisen.

Soweit im Rahmen von Baumaßnahmen Überschussböden anfallen bzw. Bodenmaterial auf dem Grundstück auf- oder eingebracht werden soll, haben die nach § 7 BBodSchG¹ Pflichtigen Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen. Die Forderungen der §§ 10 bis 12 BBodSchV² vom 12.07.1999 (BGBl. I S.1554) sind zu beachten.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag

gez. Hadler

¹ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502)

² Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. [1554](#))